

Medinetz Mainz e.V.
medizinische Vermittlungsstelle für Geflüchtete,
Migrant*Innen und Menschen ohne Papiere

Medinetz Mainz ist eine Menschenrechtsinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die medizinische Situation von Geflüchteten, Migrant*Innen und Menschen ohne Papiere in Deutschland zu verbessern und eine adäquate medizinische Versorgung zu gewährleisten.

In einer wöchentlichen Sprechstunde können sich Betroffene mit ihrem Anliegen vorstellen. Nach einem Erstgespräch vermitteln wir an Ärzt*Innen verschiedener Fachrichtungen, die anonym und kostenfrei oder vergünstigt Behandlungen durchführen. Laborkosten, Operationen und Medikamente können durch unsere Spendengelder finanziert werden.

Für Probleme, die das Medizinische übersteigen, pflegen wir engen Kontakt zu Beratungsstellen, Rechtsanwält*Innen und Flüchtlingsräte.

Mit Informationsmaterialien und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen thematisieren wir die Probleme Betroffener. Politische Entscheidungsträger*Innen wollen wir stärker in die Verantwortung nehmen, da eine ehrenamtliche Parallelstruktur nicht die Lösung für das Problem der medizinischen Unterversorgung sein kann.

Sprechzeiten

Montag, 18⁰⁰-19⁴⁵ Uhr
Caritas-Zentrum Delbrèl
Aspeltstraße 10
55118 Mainz

Adresse

Medinetz e.V.
Postfach 3247
55022 Mainz

Kontakt

Tel.: 0176-62033302
info@medinetzmainz.de
www.medinetzmainz.de
www.facebook.de/medinetzmainz

Spenden

IBAN:
DE59551900000696512011
BIC: MVBMD55
Mainzer Volksbank eG





Aktuelle Forderungen an die Politik:

Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)!

Das AsylbLG schränkt den Anspruch von Geflüchteten und Asylsuchenden auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände und damit auf ein nicht akzeptables Minimum der medizinischen Versorgung ein. Wir fordern die Integration aller Asylbewerber*Innen, Geflüchteten, Geduldeten und Papierlosen in die medizinische Regelversorgung!

Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Geflüchtete - Jetzt!

Bundesländer wie Hamburg und Bremen aber auch Schleswig-Holstein oder NRW haben es vorgemacht, Rahmenverträge zwischen Land bzw. Kommunen und Städten und den gesetzlichen Krankenkassen existieren bereits vielerorts, dennoch ist die eGK für Geflüchtete nur in wenigen Ausnahmen realisiert. Dies ist allerdings ein notwendiger und längst überfälliger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung.

Einhalten der EU-Richtlinie!

Es ist die Aufgabe der EU-Mitgliedsstaaten besonders schutzbedürftige Personen zu erkennen und sie medizinisch und psychosozial angemessen zu versorgen. (EU-Richtlinie 33/2013) Wir fordern entsprechende Umsetzung!

Gewährleistung der ärztlichen Schweigepflicht!

Menschen ohne Aufenthaltsstatus können ihr Recht auf medizinische Versorgung nicht wahrnehmen, ohne ihre Abschiebung zu befürchten, weil die Daten über das Sozialamt an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden.

Wir fordern eine rechtliche und politische Klarstellung zugunsten der ärztlichen Schweigepflicht, insbesondere auch für die mit der Abrechnung betrauten Behörden!

Legalisierung von lange in Deutschland lebenden Personen ohne Aufenthaltserlaubnis

Ähnlich bisheriger Legalisierungskampagnen in vielen anderen EU-Ländern, sollte auch Menschen in Deutschland eine Chance gegeben werden, sich aus dem menschenunwürdigen Dasein eines Lebens ohne Aufenthaltserlaubnis zu befreien!

Finanzielle und organisatorische Unterstützung von nicht krankenversicherten EU Bürger*Innen

Es darf nicht sein, dass Menschen aus der Europäischen Union medizinische Versorgung verwehrt wird, wenn sie diese nicht finanzieren können. Das betrifft besonders Schwangere und Kinder.